

# Der Holzarbeiter

## Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt.  
Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post  
zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu bestehen.

Mr. 30.

Cöln, den 23. Juli 1909.

Insertionspreis für die vierseitige Zeitung 30 Pf. Stellengebühr  
und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte.  
Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14.  
Telefonus 3210. — Redaktionsschluß ist Dienstag Mittag.

10. Jahrg.

### VII. Kongreß der christlichen Gewerkschaften.

Eigentlich hat es recht lange gedauert, bis den christlichen Gewerkschaftlern Kölns Gelegenheit gegeben wurde, in ihrer Stadt einen Kongreß ihrer Bewegung begrüßen zu dürfen. Was jedoch lange währt, wird gut. Und das haben nun die Cölnner gezeigt. Vor den Toren des altenwürdigen „Gürzenich“ stauten sich am Vormittag des 18. Juli Menschenmassen in einer Weise, wie man es nicht zu oft sieht. Bedächtig schaut der alte „Gürzenich“ auf die Massen hinunter, verwundert darüber, daß es diesmal nicht die brennenden Gesichter sind, auf denen zu lesen ist, daß es zu Spiel und Tanz geht. Nein, diesmal waren es die christlichen Gewerkschaften der rheinischen Metropole, die herangezogen waren. Der Ernst, der auf den Gesichtern der Heranlegenden zu sehen war, verriet, daß eine Rundgebung stattfindet zu einem Zweck, dessen Erstrebung den Massen nicht spielerisch, sondern Herz- und Verstandesache ist, — ja gar Menschenaufgabe! — Der große Saal des „Gürzenich“ war von gesättigt und polizeilich gesperrt worden, als noch immer der Zugang der christlichen Gewerkschaftler Köln's zu der Versammlung kein Ende nehmen wollte. Den Zuletztkommenden mußte der Eingang verweigert werden und waren es leider hunderte von Personen gewungen, wieder zurückzugehen.

Besser wie Worte charakterisiert der Menschenandrang die Bedeutung, die unsere christliche Gewerkschaftsbewegung im Laufe von zehn Jahren erlangt hat. Und als Kollege Kämpf, der Vorsitzende des Cölnner Kartells, die zur Versammlung eingeladenen Christen willkommen hielt, kündigte die lokale Bewegung da keine festgestellt machen, als auch eine große Anzahl Freunde unserer Bewegung sich gekündigt hatten. Wir bemerkten u. a. Freiherrn von Verlepsch-Geibach; Geheimer Regierungsrat Trilling, der im Auftrag der Regierung erschienen war; Professor Dr. Kampf-Vonn, die Reichstagsabgeordneten Trimborn und Bieder; Justizrat Dr. S. Bachem; Parteisekretär Dr. Farg-Cöln; Direktor Dr. Brauns-M.-Gladdbach; die Abgeordneten Comp, Bank, Rings und Giesen, sowie als Vertreter der christlichen Gewerkschaften Österreichs, der Schweiz und Belgien, die Kollegen Spalowksi, Petzmeier und Debruyne. Professor Dr. Hildebrandt ist Landrat der Versammlungsleitung ein herzlich geliebtes Telegramm. Nachdem der Kirchenchor von St. Aposteln die Begrüßungsrede gelungen, ergriff Kollege Schiffer, der Vorsitzende des Gesamtverbandes das Wort, um im Namen aller Beteiligten all die Erschienenen willkommen zu heißen. Er dankt darauf hin, welchen Weg unsere Bewegung in den zehn Jahren ihres Bestehens gegangen ist und wie sich ihr Kulturreichtum dank der Schulung, Erziehung und Opferwilligkeit ihrer Mitglieder fortgesetzt gesteigert hat.

Dann folgten dann die vorgelesenen Vorträge. Für Herrn Professor Dr. Hildebrandt hat sich Herr Dr. Brauns bereit erklärt zu bewegen. Als erster spricht Kollege Generalsekretär Steigerwald-Cöln über:

#### Sein Jahr christlicher Gewerkschaftarbeit.

Gänzlich uneinheitlich nach Organisationsform und Charakter, galt im Gegensatz zu den plan- und programmatisch gegründeten sozialdemokratischen und links-Dunckerischen Gewerkschaften, so führt der Vorragende aus, ist die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften erfolgt. — Der bestreitbare ist dafür, daß sie keine künstliche oder politische Macht ist. Einheitliche Richtlinien kann erst der Mainzer Kongreß (1899), auf dem die Befürworter öffentlicher Organisation mit dem hauptsächlichsten Zweck der Beeinflussung sozialen Sozialreform in enger Anlehnung an eine alte Partei, gegenüber den Kämpfern der organisierten Arbeit in starken, möglichst einheitlichen Organisationen sozialdemokratischen und politisch neutralen Gepräges unterlegen. In jüngerer Zeit grundlegender Kämpfe hat es bedurft, daß in den Mainzer Leistungen festgelegte Grundsätze durchzu führen. Und als dann Ende 1903 die gewisse Einigung garantierende Kugel im Sauerland, welche die grundlegende, durch Zusammenarbeit gemeinsame Bekämpfung von außen ein, besonders und bestreitend in der Perfezionierung und der sozialen Verbesserungen.

Was noch besagt die christliche Gewerkschaftsbewegung?

ist, obwohl selbst Prof. Sombart in Breslau die Notwendigkeit der christlichen Sonderbewegung anerkannte, weil die Sozialdemokratie die Organisationsbestrebungen der Lohnarbeiterklasse auf den Boden der materialistischen Weltanschauung gestellt habe. Andere Kreise können sich noch immer nicht recht in die christliche Gewerkschaftsidee hineinfinden, derzu folge sich die christliche Gewerkschaft zum Ziele setzen. Anhänger aller bürgerlichen Parteien zu sammeln, um konkrete wirtschaftliche Aufgaben zu lösen in einer Form und mit Mitteln, die mit ihrer christlichen Überzeugung und vaterländischen Gesinnung im Einklang stehen. Wo aber Verständnis für diese Idee besteht, erscheint die ganze Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften als die logische Konsequenz aus derselben. Und zwar zunächst die Stellungnahme gegenüber den Kirchengemeinschaften, denen die christlichen Gewerkschaften die keine kirchlichen Organisationen sind, zwar einen weitgehenden Einfluß auf das Volkstheben zu erkennen, unter Respektierung der religiösen Ideale ihrer Mitglieder, von denen sie über die anderen Interessengruppen eingeräumte organisatorische Selbständigkeit beanspruchen. Die Gewerkschaften konventionell gestalten zu wollen, biß sie in dem konventionell gemischten Deutschland mit seiner stark organisierten, kapitalistischen Großindustrie und seiner starken sozialdemokratischen Bewegung zu fast tödlicher Ohnmacht verurteilt.

Die Stellungnahme gegenüber den politischen Parteien ergibt sich aus der Erwägung, daß die Gewerkschaftsbewegung in der Gegenwart Arbeit für die Gegenwart zu leisten hat, daher die Betätigung auf politischem Gebiete, bezüglich dessen keine einheitliche Auffassung besteht, außerhalb der wirtschaftlichen Standesorganisation erfolgen muß und zwar im Sinne der möglichsten Vereinfachung der verschiedenen bürgerlichen Parteien zugunsten der nach Durchsetzung in der Gesellschaftsklasse ringenden Arbeiterschaft. Der zur nächsteren Beachtung der hatten Wirklichkeit erzeugte Gewerkschaftler ist sich eingedenkt, daß der Arbeitervorstand nur ein Teil des Volkes ist und verschließt sich den Notwendigkeiten, die sich aus dem geteilten Volksleben ergeben, nicht, er weiß, daß sich die Aufführungsbewegung eines Standes mit Voraussetzung solcher mit der politischen Politik und Taktik der Sozialdemokratie wird für die gegenwärtige Arbeitergeneration das Entgegengesetzte des Erstrebten erreicht, der durch diesen Dogmatismus der Arbeiterklasse entgangene Einfluß geht überschüssig auf die anderen Volksklassen über. In ihrer Stellungnahme zu den Unternehmern, die nicht bloss als Ausbeuter und Schafsmarter seitens der christlichen Gewerkschaften angesehen werden, erkennen diese deren hohes Verdienst um die ganze Volkswirtschaft bei dem ungeahnten Aufschwung Deutschlands an und achten die hier jutage treitende Intelligenz und geistige Überlegenheit, verlangen aber auch Verständnis für das Streben der Lohnarbeiterklasse nach gesteigerter Anteilnahme an den Erfolgen produktiver Arbeit unter Anerkennung der Tatsache, daß die herrlichen Früchte deutschen Gewerkschaftes ohne die Mitwirkung eines intelligenten, schaffensfreudigen Lohnarbeiterstandes nie hätten errungen werden können. Speziell in der Großindustrie verlangt der Arbeiter, mehr als Mensch und als Persönlichkeit gewertet zu werden. Gegen seitiges Verstehenlernen liegt im Interesse beider Teile.

Im weiteren schlägt dann der Redner die äußere Entwicklung unserer Bewegung und schlägt: „Ein großes Stück Arbeit wurde in dem abgelaufenen Jahrzehnt geleistet. Möge das neu angefangene ebenso arbeitsfreudige und opferbereite, von wahrer Idealismus durchdrungene Truppen finden!“

Wohl einverstanden waren alle Versammlungsteilnehmer mit dem Dank, den Kollege Schiffer dem Redner erstaute und mit der Bemerkung, daß wohl niemand ein so großes Verdienst um die Bewegung habe, als wie gerade Kollege Steigerwald-Cöln über.

Kollege Freiherr von Verlepsch, spricht über:

#### Die sozialen Probleme und die Arbeiterschaft.

Gern, so erklärt er, sei er nach Cöln geeilt, um imigen Anteil zu nehmen an dem Feste des zehnjährigen Bestehens der christlichen Gewerkschaften. Er dürfe sich als ein Mann regnen, der von Anfang an die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften voll anerkannt hat und nach Kräften bemüht gewesen ist, sie zu fördern, wo immer ihm die Möglichkeit dazu geboten wurde.

Trotz der vielen Einzelfragen auf sozialem Gebiete gebe es die eine Überfrage: Wie ist die materielle und ideelle Lage der Lohnarbeiter, ihre Stellung in der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung den Ansprüchen entsprechend zu gehalten, welche Gerechtigkeit, Billigkeit und eine voranschreitende Politik in der Gegenwart und in einem Volk- und Staatsmutter hoher Kultur, wie das deutliche es ist, an die Lage einer an Zahl und Kraft so bedeutenden Schicht der Bevölkerung stellen? Beschiedene Kräfte müssen dabei mitwirken, die Staat- und Geldhülfe. Die Staatshilfe habe in der Sozialpolitik sehr kleine Anfangen nicht verstanden, wenn sie auch manchmal schneller, manchmal langsamer und weniger habe. Das Geldhülfe habe den Gewerkschaften bei der Arbeitserziehung, gleichzeitig einen kleinen Bereich für Fortschreibung der Lage der Arbeiter überlassen, da es aufzugeben ist, den

die staatliche Gesetzgebung alle Teile der Arbeiterschaft regulieren wird.

Man wirft den Arbeiterschaften vor, daß sie keine Kampforganisationen seien, daß sie ins Leben gerufen seien, um den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit im Wege des wirtschaftlichen Kampfes zum Ausdruck zu bringen. Das ist unrichtig. Gewiß haben sie sich die Aufgabe gestellt, Forderungen, die sie für berechtigt halten, außersten Falles auch im Wege des Kampfes d. h. im Streitkriege durchzusetzen, aber doch nur außersten Falles, wenn andere Mittel und Wege nicht mehr gegeben sind. Das beweist die Häufigkeit von friedlichen Beleidigungen von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis und das ständige Drängen der Arbeiterschaften nach dem Abschluß von Tarifverträgen und der Einigung von partizipativen Institutionen zur Entscheidung von Streitigkeiten. Nicht genug zu berücksichtigen ist die Zersplitterung der Arbeiterschaft in verschiedene Organisationen. Sie muß zur Zeit als unabänderlich angenommen werden, sofern die christlichen und die sozialdemokratischen Organisationen in Frage stehen. Die Gründe hierfür sind zu bekannt, um sie zu erörtern. Da aber, wo eine Übereinstimmung über die Prinzipien der Organisation besteht, da sollten sich die verschiedenen Organisationen wenigstens so weit zusammenfinden können, daß wo ein getrenntes Marschieren noch unvermeidlich ist, doch wenigstens ein vereintes Schlagen eintritt. Die richtigen Prinzipien der Arbeiterschaften sind m. E. die reine, ausschließliche und energische Vertretung der beruflichen Interessen der Lohnarbeiter, die Abweisung anderer Einflüsse, politischer wie konfessioneller, auf die Gestaltung und Tätigkeit der Organisation, daher völlige Selbständigkeit und Unabhängigkeit nach allen Seiten hin. Was die Arbeiterschaften bisher erreicht haben, ist gewiß beachtenswert. Die Erfolge auf dem Gebiet der Sozialreform würden aber erheblich größer sein, wenn sie zusammensetzen könnten. Der Redner geht dann vor, daß Voraussetzung für den Befreiungskampf ein einmal eine Vereinigung mit den C. D. Gewerkschaften erzielt werden möge. Es sei dieser Wunsch ein „Schimmel den ich schon oft geritten habe.“ Es kommt nur auf Grund seiner Erfahrungen erläutert, daß der Vorwurf, die christlichen Gewerkschaften seien Zentrumsgegenstände, unbegründet sei. Er sei weder Zentrumsmann noch Katholik, aber das müsse er denn doch sagen, daß Vorwürfe der gedachten Art der Berechtigung entbehren. Ebenfalls müsse er gestehen, daß von den Herren der Zentrumspartei, die mit ihm zusammen in der Gesellschaft für Sozialreform soziale Arbeit leisteten, noch nie der Versuch unternommen worden sei, die christlichen Gewerkschaften partizipatisch zu engagieren.

Der Kampf, den die Arbeiterklasse führt und den sie noch lange zu führen haben wird, ist der alte geschichtliche soziale Konflikt, der alle Jahrhunderte durchzieht, der sich ständig wiederholt in dem Kampf der Geschlechter und der Rassen im Mittelalter, in dem Kampf des Bürgertumdes um die politische Gleichberechtigung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in der Geschichte der Industrialisierung des Bauernstandes, der alte soziale Konflikt, der immer eingetreten ist, wenn eine bisher untergeordnete, dienende Gesellschaftsklasse verlangt hat, in die volle Gleichberechtigung einzutreten mit den im Besitz der Macht, der politischen und der wirtschaftlichen Macht befindlichen Klassen und wenn diese sich geweigert haben, ihre berechtigte Stellung, die sie immer und überall als eine Staatsnotwendigkeit angesehen haben, anzuzeigen.

Glücklich ist die Zeit zu preisen, in der solche Konflikte ohne Anwendung von Gewalt gelöst werden. Wenn das bisher be

möglich der Bewegung der Lohnarbeiter gelungen ist und wenn die Zukunft immer begründeter wird, daß das auch in der Zukunft der Fall sein wird, so ist das zu einem wesentlichen Teil der Tatsache zu verdanken, daß in den christlichen Gewerkschaften von dem Boden der bestehenden sozialen und gesellschaftlichen Bedingungen aus die soziale Reform für den Arbeitervorstand erzielt wird, ohne Klassenkampf, aber doch in dem Bewußtsein, daß der Arbeitervorstand bisher von Staat und Gesellschaft noch nicht erhalten hat, was er zu verlangen berechtigt ist, ohne Klassenkampf, ohne Absonderung von anderen Klassen und Ständen, unter Beachtung der Gesetze, die Recht, Sitts und Religion vorschreiben, aber doch in dem Gefühl der Notwendigkeit völliger Unabhängigkeit und Selbständigkeit alle Einflüsse abwehrend, die nicht im Zusammenhang stehen mit den Berufsinteressen der arbeitenden Klassen.

„Ich gehe die Hoffnung, daß im Laufe des 20. Jahrhunderts vielleicht schon in der ersten Hälfte desselben die Gliederung des Arbeitervorstandes in den staatlichen und sozialen Organismus gelingen wird, ohne daß die Gewalt in Angriff und Abwehr die Entscheidung fällt, im Wege der Reform, nicht im Wege der Revolution, und das wird nicht zum wenigsten der entschlossenen, verständigen, unabhängigen Einigung der christlichen Gewerkschaften zu danken sein.“

Der spontane Beifall, den die Ausführungen des Freiherrn von Verlepsch errungen, war ein wohlverdienter.

Dann sprach Herr Direktor Dr. Brauns über:

#### Die Freiheit der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung in ihrer heutigen sozialen und politisch-modernden Bedeutung kann nicht längere Zeit sozialdemokratische und sozialrevolutionäre Ideen, zu ihrem Aufbau geplante Ideen, leichtlich Ideen,

trieben zu ihrer Gründung und beeinflußten ihre Ausgestaltung, und das wurden durch die Bewegung tatsächlich verwirklicht. Ich unterscheide also zwischen Motiven und der organisatorischen Tat, die aus den Motiven entsprang.

Religiöse-sittliche Ideale waren's, die den zwingen den Anlaß zur Gründung der christlichen Gewerkschaften gaben. Hunderttausenden von Arbeitern war die marxistisch-sozialistische Ideenwelt fremd, ja zuwider. Sie verabscheuten ihren klassischen Materialismus, den Klassenkampf als Prinzip, die Unwahrheit, die leidenschaftliche, ja heiterliche Art der Propaganda. Hunderttausende christlich denkende Arbeiter stießen der Kampf gegen religiöse und kirchliche Ideale daran ab, daß sie sich ihm mit opferbereiter Energie entgegenwurzen. Diese Arbeitermassen fühlten instinktiv, daß mit dem Christentum ein wertvoller Faktor für die Ausgestaltung des gesellschaftlichen Lebens und damit auch für das Wohlergehen der Arbeiterklasse vernichtet würde und darum lehnten sie die sozialistische Ideenwelt bewußt und entschieden ab. Dieser Gesinnung entstammt die christliche Gewerkschaftsbewegung, ihr verdankt sie ihren Namen; diese Gesinnung ist es auch, die nach wie vor die Bewegung bestimmt.

Deshalb sind die christlichen Gewerkschaften noch keine religiösen Vereine oder auch nur etwas ähnliches geworden, dafür jagt ein anderes Ideal, das die Gründer erfüllte und zu gewerkschaftlichem Handeln trieb. Die Bewegung wuchs spontan aus dem Proletariat heraus. Proletarier waren die Gründer, die aus eigener Erfahrung die mögliche Lage der Arbeit kannten und nun nach deren Befreiung von materiellem Elend, von politischem Druck und von geistiger- und moralischer Erniedrigung strebten. Das war das zweite Motiv der Gründung und das entscheidende Motiv auch für Form und Ausbau der Organisation. Sollte dieses Ziel erreicht werden, dann durfte es vor allem einer Besserung des gewerkschaftlichen Arbeitsverhältnisses. Die neuerrichtete Großindustrie mußte ihre Größe auch in einer entsprechenden Organisation der Arbeit und des Arbeitsvertrages zeigen. Sie mußte dem Arbeiter nicht nur den Gehalt aufzubringen und die Produktionskosten seiner Arbeitserfüllung decken, sondern ihm eine schriftliche aber steile Steigerung der Lebenshaltung ermöglichen, die im rechten Beziehungsmaß zu den großen Kulturrevolutionen steht, welche die moderne Industrie geschaffen hat. Sie mußte dem rechtlich freien Arbeiter auch die Lufthülle der freien Rücksichtnahme über den Arbeitsvertrag sichern. In der Arbeiterjugend selbst waren diese Ideale noch lange nicht Gemeinsam und viele andere Freizeitleben sie ab. Soviel bedurfte es einer machtvollen Vereinigung der Arbeiter, einer Konzentration ihrer Kräfte, um der Solidarität gleicher Interessen, um das gesuchte Ziel zu erreichen. Damit war der Gedanke gegeben, der in seiner praktischen Ausgestaltung zunächst wurde durch die Tatsache, die zur Gründung der christlichen Gewerkschaften geführt hat. Überster gewerkschaftlicher Fokus für die christlichen Gewerkschaften ist also das Ziel der wirtschaftlichen Solidarität. Es ist der Fortdauer, auf dem für alle eingesetzte Gewerkschaft. Es ist weniger schwer, in diesem liegt die Stärke ihrer Kraft, hier ist der rote Faden gegeben, auf dem die Bewegung unerschütterlich dagegen allen Angriffen gegenüber steht und steht.

Das Ziel der wirtschaftlichen Solidarität auf dem die spirituelle Gewerkschaftsbewegung aufbaut, ist immer eine Solidarität des Gewerbes. Kein lebendiger ethischer sozialdemokratischer Bürgerkämpfer schafft jenseits: „Die deutsche Arbeiterschaft bei allen ihren Kampfen mit dem Kapital, nicht nur in diesen Städten als der natürliche Bundesgenosse einer verschwundenen, fiktiven ausgerufenen „Zentralregierung“, kann durch die christlichen Gewerkschaften sicher auch den Schaffen einer weitgehenden Solidarität zwischen Arbeitern und Unternehmern betonen. Ergibt sich die Anerkennung der Solidarität des Gewerbes, aus der Ablehnung des marxistischen Klassenkampfes, so ist in ebenso sehr ein Schot der wirtschaftlichen Interessenvertretung. Eine „ihm entgegengesetzte Fabrikarbeiterpolitik“ liegt auch im Interesse der Arbeiter. Nur in der organisierten Gewerkschaft und Verbesserung der bestehenden Ordnung kann unsere Zukunft geboten und nur das machende, erfahrende Gewerkschaftsrecht auch die Arbeiterschaft wirtschaftlich erfassen und genug tragen. Eine Arbeiterschaft, die dem privaten Kapital gewöhnung den Vernichtungstrieb erklärt, kann von ihr auf der anderen Seite kein Verhandeln verlangen.“

Geduld haben die christlichen Gewerkschaften, wenn sie ihre Organisation auf dem Prinzip der wirtschaftlichen Solidarität aufbauen, auch die Solidarität der Volkswirtschaft und der Nation im Auge. Wie die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter sich denen des Gewerbebetriebes eingliedern, wie das Gedeihen des Gewerbebetriebes von der Gewinnlichkeit anderer abhängt, so zeigt sich die Solidarität des Gewerbes notwendig aus zu einer Solidarität der Volkswirtschaft. Und wiederum: das Gedeihen der Volkswirtschaft und das des Staates, des wirtschaftlichen Fortschritts einer Nation und ihre gesamte politische Entwicklung nach innen und nach außen sind ununterbrochen miteinander verbunden, das eine in dem andern abhängig. Daraus darf eine ideale Gewerkschaft nicht gedenken. Politik keine Hindernisse entgegenlegen. Sie peilt zu fordern, ist sie nicht bereit, das heißt ihr Ziel zu weit stellen und ihre wirtschaftliche Einheit gejähren. Sie darf aber auch freizügig zu den vielen und den gesuchten Gegnägern, die den Stadtbürgern vom Stadtbürgermeister, ihrerseits noch vereinzelt hinzufügen. Das gilt allgemein, gilt aber doppelt und dreifach für unsre christlichen beruflichen Verbände. Wollte sie die Bildung und Gestaltung des Parteibetriebs vorwiegend nach wirtschaftlichen Interessen vor sich gehen lassen, wollte sie den Gewerkschaften proselitieren, das neben der liebergewünschten Gewerkschaft auch die Arbeiterklassenpartei stehen muss — sie würde unser politisches Leben damit nur noch komplizierter gestalten und weiter zerstören. Umgekehrt aber, erfordert es die Gewerkschaft, daß sich Männer verschiedenster Gewerke und politischer Richtung auf dem Gebiet ihrer wirtschaftlichen Gewerkschaft einigen, erfordert ihre gewerkschaftliche Tätigkeit ein breitiges Schlagwerk zusammen mit Oberbeamten anderer Gewerkschaften, so ist damit die Bildung und Gestaltung politischer Organisationen gebunden und der Stadtbürgerschaften Einigung ein großer Vorteil erreichbar. Die christliche Gewerkschaftsbewegung, die sich durch Gewinnlichkeit zu eignen gewünscht, kann nur dies erreichen mit Weise und mit Gerechtigkeit.

Das sind die Ideale der christlichen Gewerkschaften, hohe richtunggebende und siebenwirkende Ideale. Sie waren fähig, die Gründer ihrer Bewegung mit hoffnungsfreudigem Mut zu erfüllen, ihre Mitglieder zu opferwilligen Kämpfern zu machen, die Bewegung innerlich und äußerlich erstärken zu lassen und ihr Achtung vor der breiten Öffentlichkeit zu verschaffen. Vor allem aber haben diese hohen Ideale der christlichen Gewerkschaftsbewegung ihr Einheit und Geschlossenheit verschafft und ihr Festigkeit und Bestand gesichert. Bewahren sie diese Ideale. Sie mögen ihre Führer wie bisher begeistern, sie mögen die Kleinarbeit des letzten Vertrauensmannes abeln. Es gibt nichts Kleines für den, der alles Kleine in großem Geiste bewältigt.“

Unter der mächtigen Wirkung dieser Worte gingen die Versammlungen wieder aneinander. Was stattgefunden war keine Volksversammlung mit einem Appell an die Masseninstinkte, sondern eine Versammlung, die turmhoch über dem allgemeinen stand. Das gilt sowohl von den gehaltenen Reden, als auch von der Zahl der Besucher. Die Versammlung wird sicherlich ihre Wirkung nicht verfehlten, sowohl in Köln als auch im ganzen weiten Vaterlande. Das „Hoch“ auf unsere Bewegung, das am Schlusse der Versammlung aus mehreren tausend Reihen erlangt, kann als Schwur dafür gelten.

### Arbeiterferien.

Erst langsam, im letzten Jahrzehnt aber in stetis steigendem Maße hat sich auch in Deutschland der Sommerurlaub für Privatangestellte und Arbeiter eingebürgert. Wenn im allgemeinen die Zahl der Angestellten und Arbeiter, denen ein Sommerurlaub zugesichert wird, noch nicht so groß ist, so ist der Erholungsurlaub dafür in einzelnen Berufen schon ziemlich verbreitet. Die Ausübung des Urlaubs zur Auffrischung der Gesundheit kann von den meisten Angestellten nur benutzt werden, wenn das Gehalt oder der Lohn für die Urlaubsszeit nicht abgezogen wird, und die Weiterzahlung des Lohnes während der Urlaubsszeit ist dann auch fast allgemein durchgeführt. In den letzten Jahren haben sich sogar nicht selten Firmen bereit gefunden, zur Ausübung des Sommerurlaubes einen Zuschlag zu gewähren, entweder eine bestimmte gleichmäßige Summe oder eine Summe, die dem Verdienst für einen gewissen Zeitabstand entspricht.

Bei den Privatangestellten haben die Handlungsgehilfen

die Gewährung eines Sommerurlaubs in größerem Umfange erreicht. Gemeinhin in den größeren Betrieben ist dem kaufmännischen Personal ein Ferienurlaub zugesichert und zwar nicht nur den Angestellten in den Großgeschäften, sondern auch vielleicht schon in den Detailgeschäften. Bei den Handlungsgehilfen finden wir auch bereits ziemlich lange Urlaubszeiten, ein Sommerurlaub von 4 Wochen oder einem Monat ist im Handelsgewerbe nichts selenes mehr, in der Regel

schon die Urlaubsdauer zwischen zwei und drei Wochen, sie geht allerdings auch noch bis auf acht Tage hinab. Wie auch im Handelsgewerbe manche Firmen einen Zuschlag zum Ferienaufenthalt gewähren, so sind in verschiedenen Fällen durch Errichtung von Ferienheimen Einrichtungen geschaffen worden, die eine noch bessere Ausübung des Erholungsurlaubs zu lassen. Der Verband Berliner Spezialgeschäfte war die erste Vereinigung, die die Errichtung eines Ferienheimes unternahm, nach und nach dann auch andere auch andere Organisationen und auch Einzelsfirmen gefolgt. Diese Ferienheime, in der Nähe von großen Wäldern und Seen und in Gegenden, die zu Freizeitwanderungen anreisen, werden von den Angestellten sehr gern besucht, schon deshalb, weil dadurch die Kosten für den Ferienaufenthalt sehr niedrig bleiben. In ziemlich großem Umfang wurde auch bereits den Technikern, Ingenieuren, den Bureauangestellten und Werkmeistern in der Industrie ein Sommerurlaub zugestanden. Je nach der Stellung der Einzelnen sind aber hier ziemlich große Unterschiede hinsichtlich der Dauer anzutreffen. Bei Bureauangestellten und Werkmeistern ist der Urlaub nicht selten auf acht Tage festgesetzt, wogegen bei den leitenden Ingenieuren ein Urlaub von 4—6 Wochen die Regel ist. Bei den unteren Angestellten ist außerdem die Gewährung eines Urlaubes meistens in das Etappen der Betriebsleitung gestellt, dagegen haben die oberen Beamten häufig ein kontraktuelles Recht auf Gewährung eines Urlaubs.

Unter den Arbeitern sind es besonders die Buchdrucker, die Holzarbeiter und arbeiterinnen in den Buch- und Steinbuchdruckereien, die Brauereiarbeiter, die Handels- und Transportarbeiter, die Arbeiter in den kommunalen und genossenschaftlichen Betrieben, denen regelmäßig ein Sommerurlaub zugestanden wird. Allein im Buchdruckergewerbe wird die Zahl der Personen, die jetzt einen Urlaub erhalten, auf 25 000 einzuschätzen sein, noch weiter verbreitet in den Sommerurlaub in den Brauereibetrieben. Die Zahl der deutschen Stadtgemeinden, die den in südlichen Diensten stehenden Arbeitern einen Sommerurlaub gewähren, ist bereits auf mehr als 100 gestiegen und nimmt noch mit jedem Jahre zu. Auch jetzt haben wieder mehrere Stadtgemeinden beschlossen, ihren Arbeitern in diesem Sommer einen Ferienurlaub zugestellt. Und Gewerbevereinigungen, Elektroindustrie, Gasanstalten und ähnliche Unternehmen gewähren den bei ihnen beschäftigten Arbeitern häufig einen Sommerurlaub. Oftmals besteht dabei der Grundzug, daß sich die Dauer des Urlaubs nach der Dauer des Beschäftigungsverhältnisses richtet. Arbeiter, die schon lange Jahre in einem bestimmten Arbeitsverhältnis stehen, erhalten einen längeren Urlaub als Arbeiter, die häufig das Arbeitsstellen wechseln. Nach einer gewissen Mindestdauer des Arbeitsverhältnisses wird bei Gewährung des Ferienurlaubs nichts geschiehen. Sicherlich ist schon gefunden worden, daß nach Verminderung der Dauerheit eine Zeitrang viel weniger Stärke gewahrt werden. So Gewährung von Urlaub nach der Zeit der Abreise kann ebenfalls einen günstigen Einfluß auf die Belegschaft des Betriebes. Im

England sind von den Arbeitern vielfach Ferienlassen eingereicht. Die darin gemachten Ersparnisse werden dann zu Zeit des Ferienurlaubs zu kürzeren oder längeren Reisen verwendet; ähnliche Einrichtungen könnten auch für deutscher Arbeitern von Nutzen sein.

### Die „christliche Heile“ gegen das Stuttgarter Arbeitsamt.

Unter dieser Überschrift bringt die „Holzarbeiterzeitung“ in ihrer letzten Nummer einen, mehrere Spaltenlangen Artikel der mit den Tatsachen, wie so mancher Artikel in dieser Zeitung, nichts gemein hat. Es ist eigentlich eine Verneinung von uns, daß wir die Zustände, wie sie bei Stuttgarter städtischen Arbeitsamt existieren, nicht schon länger der breiten Öffentlichkeit übergeben haben, nachdem die Gelegenheit in letzter Zeit sowohl das Stuttgarter Stadtparlament als auch den württembergischen Landtag beschäftigt. In unserer angeborenen Bescheidenheit glaubten wir die Sache auf den heimischen Herd beschränkt zu wissen. Nun nun auf die eigentliche Angelegenheit zurückzukommen, möchte wir folgendes vorausschicken:

Das Stuttgarter Arbeitsamt ist eine städtische Einrichtung. Verwaltet wird dasselbe durch den Ausschuß des Gewerbegeichtes. Dieser ist, soweit die Arbeitnehmerbezieher in Betracht kommen, aus lauter freigewerkschaftlich Organisierten zusammengesetzt. Das nun für die Besetzung der von der Stadt gut honorierten vakanten Posten nur solche Personen in Betracht kommen, denen die sozialistischen Ideen in Fleisch und Blut übergegangen sind, versteht sich von selbst, und finden wir, daß daselbst frühere Gewerkschaftssekretäre und sonstige hervorragende Mitglieder der freien Gewerkschaften aus dem dieselben auch noch nie ein Hehl gemacht haben, dasselbst ihre Tätigkeit ausüben. Nun haben es seit einigen Jahren die freien Gewerkschaften verstanden, die Ausbezahlung der Reiseunterstützung sowie die Kontrollierung der Arbeitslosen auf dem städtischen Arbeitsamt verrichten zu lassen. Daß nun die Funktionäre des Arbeitsamtes bei der Besetzung der offenen Stellen in erster Linie die Mitglieder ihrer Organisationenrichtung bevorzugten, liegt klar auf der Hand. Hier nur einige Beispiele von den vielen, die sich im Laufe der Jahre angehäuft haben. Ersterer Fall passierte sogar, als kurze Zeit vorher unser Kollege Andre im Landtag mit dem städtischen Arbeitsamt schaft in das Gericht ging:

Ein Arbeiter kam, von Augsburg her angereist, auf das evangelische Arbeiterssekretariat. Der Sekretär schickte denselben zur Erlangung einer Arbeitsstelle auf das städtische Arbeitsamt. Er bekommt jedoch dort keine Arbeit. Er läuft 8 Tage lang dorthin, jedoch vergebens, muß aber zwischen, wie Arbeiter, die nach ihm zugesprochen haben, Arbeit bekommen. Er beklagt sich dieselbst beim oben genannten Sekretär. Dieser fragt ihn, ob er nichts ausschaffend gelehrt hätte, weshalb jene bevorzugt worden sind, da sagt er, er hätte wohl gesehen, wie dieselben ein Buch vorgezeigt hätten, in dem Marten gesagt waren. Der Sekretär telephoniert sofort beschwerdeführend an das Arbeitsamt. Von dort wurde erwidert, man solle den Mann nur schicken, es sei Arbeit genug vorhanden, und tatsächlich bekam derselbe dann prompt Arbeit. Wir meinen, dieser Fall sagt genug. Ein anderer Fall:

Ein arbeitsloser, taubstummer Arbeiter, der im evangelischen Handwerkerhaus wohnt, ging mehrmals aufs Arbeitsamt und erhielt keine Arbeit; auf sein Eruchen um Unterstützung auf eine solche nicht. Dem guten Rat des Hausvaters folgten sich eine rote Krawatte anzuziehen und sein Heil dann noch mal zu versuchen, kam der Arbeiter nach. Mit der roten Krawatte hatte er mehr Glück. Zwar bekam er keine Arbeit, wohl aber 60 Pf. Unterstützung.

Läßt so etwas nicht tief blitzen? Diese Ausübung einer städtischen Einrichtung zu Gunsten einer Partei ist jedoch nicht bloß uns aufgefallen, sondern auch den Hirsch-Dunderthor-Gewerbevereinen, die ebenso in den ihnen politisch nahestehenden Tageszeitungen dringende Abhilfe dieser Missstände verlangten. Zugzwischen hat nun, wie oben erwähnt, die Angelegenheit den württembergischen Landtag beschäftigt. Unser Kollege Andre legte klar, welche Eigenschaften ein unparteiischer Arbeitsamt haben müßt, verlangte energisch die Abstellung dieser Missstände und vertrat somit in kraft- und tatkundiger Weise die Forderungen der christlich-nationalen Arbeiterschaft. Er ist aber nicht, wie die „Holzarbeiter-Zeitung“ schreibt, „verzündet und verheult“ heimgekehrt, sondern wir können konstatieren, daß er das ganze Haus (mit Ausnahme der Sozialdemokraten natürlich) auf seiner Seite hatte. Es ist im Rahmen dieses Artikels nicht möglich die markanten Ausführungen des Abgeordneten Andre in der Hauptsache hier wiederzugeben, trotzdem dieselben auch weit über die schwartzen Grenzfähre hinaus von Wichtigkeit wären. Letzter sei deshalb auch auch an dieser Stelle Dank ausgesprochen.

Wie die Genossen die Neutralität verstehen, möge hier noch näher bezeichnet werden. Als Abg. Andre die einzige Zusammensetzung des Arbeitsamt-Ausschusses forderte und dann auf den Kölner Ausschuß hinwies, in welchem Vertreter der verschiedenen Organisationenrichtungen mitzusprechen hätten, wurde ihm vom Abg. Maltat (Sekretär der freien Gewerkschaften Stuttgart) erwidert, daß bei einer Zentrumskommission, also man merke sich: Eine Kommission die aus freien, christlichen und Hirsch-Dunderthor-Bürgern zusammengesetzt ist, ist eine Zentrumskommission; eine solche, die sich bloß aus den „freien“ Gewerkschaften rekrutiert, ist eine neutrale Gewerkschaft.

Obiger Abgeordnete war auch betroffen das Katholiken-Material Andre's wegzulügen, und er verstand das auch großartig, denn nach seinen Ausführungen waren obige Vereine noch lange kein Verschluß gegen die Neutralität, somit ist das Ganze bloß eine Verdächtigung und Verleumdung der Christlichen gegen das städtische Arbeitsamt.

Dabei leistete derselbe sich auch gegen die christlichen Gewerkschaften folgende Verdächtigung: „Man hat den Christen

schen den Vorschlag gemacht, sie möchten ihre Unterstützungen ebenfalls auf dem Arbeitsamt ausbezahlen lassen. Sie haben es jedoch abgelehnt, weil sie fürchten, man könnte dadurch einen Einblick in ihre unzulänglichen und armeligen Unterstützungs-Einrichtungen bekommen". Also nota bene: wir sollen uns unsere Unterstützungen durch Leute, die zwar städtische Beamte, aber heute noch Mitglieder der soziald. Gewerkschaften sind, ausbezahlen lassen. Mehr kann man jedenfalls nicht verlangen. Um Herrn Matutat Spiegeln zu geben sich über die "unzulänglichen und armeligen" Unterstützungen der christl. Gewerkschaften zu konstatieren, wurden in der Tagespresse zwischen den größeren Zentralverbänden zahlreiche Vergleiche gezogen. Darauf zu erwidern, hat der "ehrliebende" Herr bis heute nicht für mich gefunden.

Inzwischen fand nun auch eine Versammlung arbeitsloser Schreiner statt, die ebenfalls sich mit den Missständen auf dem Arbeitsamt beschäftigt. Die sozialdemokratische Presse, wie auch die "Holzarbeiter-Zeitung" versuchten nun derselbe als "christl. Mache" hinzustellen. Demgegenüber konstatieren wir jedoch mit aller Bestimmtheit, daß sämtliche in obiger Versammlung Anwesende, mit Ausnahme der Pressevertreter, Mitglieder des deutschen Holzarbeiterverbandes waren und heute noch sind, daß keiner davon jemals einem christl. Verband angehört hat, auch noch nie mit den christlichen Gewerkschaften sympathisierte. Die Liebenswürdigkeiten, mit welchen die Holzarbeiter-Zeitung diese Leute charakterisiert hat, fallen somit ihren eigenen Mitgliedern zu.

Es ist nicht unsere Aufgabe, diese Leute, die es gewagt haben einmal, gegen den "Stachel zu löcken", zu verstoßen; möchten jedoch nicht versäumen einige Proben von ihrer Versammlung mitzuteilen.

Ein Arbeiter führte an: Als Familienvater mit 6 Kindern habe er längere Zeit auf dem Arbeitsamt keine Stelle zugeschlagen bekommen. Einmal sage der Beamte zu ihm, er benötige ein Fläschchen Politur, ob er ihm keins verschaffen könne. Nachdem derselbe am andern Tag ein solches brachte, kam er prompt Arbeit.

Ein anderer sagte aus: Nachdem er längere Zeit auf dem Arbeitsamt keine Stelle erhalten hätte, und er sich dann beworbe, hätte man ihm eine Stelle angewiesen. Beim Arbeitgeber angekommen, sei er nicht eingestellt worden. Es ist jedoch ein im Bureau anwesender Arbeitsloser gehört, wie der betreffende Beamte während der Zeit, als erster auf dem Wege war, dem Arbeitgeber telephoniert, er brauche den Mann nicht einzustellen, er tauge ja doch nichts, er hätte ihn bloß zu ihm geführt, damit er sich nicht mehr beschweren könne, er befände keine Arbeit zugewiesen. Daraus erklären sich auch die vielen vermittelten Stellen, mit welchen die Holzarbeiter-Zeitung aufwartet.

Wie sie, die Seidenverbandschaft zwischen den Beamten des Arbeitsamtes und der freien Gewerkschaften ist, zeigt sich auch darin, daß ersterer sich in der "schwäbischen Tagwacht" (soz. Zeitung) verteidigten, während doch das "städtische Umsblatt" hiezu kompetent gewesen wäre.

Inzwischen hat nun die Augelegentlich auf dem Stuttgarter Rathaus wiederholst Wellen geschlagen. Als die soz. Partei mit ihren wiederholten Interpellationen nicht einmal den Oberbürgermeister Gauß auf ihre Seite bekam, trotzdem sie doch auf dem Stuttgarter Rathaus stark vertreten ist, hielt man in einer öffentlichen Volksversammlung eine "Generalrechnung mit Herrn Gauß", die jedoch so wie jetzt die Verhältnisse liegen, nicht viel genügt haben wird. Der Hinweis, daß wir mit dieser Aktion nur den Scharfschäfern in die Hände gearbeitet hätten, indem dieselben zur Gründung von Unternehmer-Arbeitsnachweisen übergehen wollten, ist in keiner Weise stichhaltig und bewiesen. Lebrigens kann es darüber in Bezug auf Unparteilichkeit nicht schlimmer bestellt sein, als auf dem Stuttgarter "städtischen" Arbeitsamt. Zum Schluss möchten wir kurz resümieren: Wenn die "freien" Gewerkschaften durch Abstellung dieser Missstände nicht an eminenten Vorteilen verlieren würden, würden sie sich für eine städtische Einrichtung nicht so mächtig ins Zeug legen. Es hat auch der Vorsitzende des Ortskartells der "freien" Gewerkschaften einem Mitglied des christlichen Schneiderverbandes offen zugestanden, daß der städtische Arbeitsnachweis durch die Besetzung mit ihren Leuten die beste Agitation für die freien Gewerkschaften sei. Und daß es den "Genossen" mit der Neutralität nicht ernst ist, beweist folgender Vorgang:

Als nach der letzten Gewerberichtswahl die neuen Gewerberichtsbeisitzer vereidigt wurden und hernach aus den Reihen derselben obiger Ausschuß gewählt wurde, also jener Ausschuß, der dem Arbeitsamt vorsteht, verlangte unser Kollege Kanz als Beisitzer der christlich-nationalen Arbeiterschaft, sie wünsche einen unserer Vertreter mit in den Ausschuß wählen, wau man nachher nicht mehr von falschen Gerüchten und Leidenschaften sprechen könne. Auch die anwesenden Arbeitgeber vertreten diesen Standpunkt. Er wurde jedoch von den "Genossen" niedergeschrien und seine Forderung als "christliche Annahme" bezeichnet. Die Wahl ist denn auch zu keinen Ungunsten ausgefallen, da die "Genossen" auch Arbeitgeberbeisitzer haben.

Wir müssen deshalb in der Dessenlichkeit den Kampf gegen das soziald. Nebenregiment auf dem städtischen Arbeitsamt weiterführen. Da die soziald. Gewerkschaften sehen, daß möglichlich doch Haare lassen müssen, deshalb das Geschrei halten langen Artikeln im ganzen soziald. Blätterwald und auch in der "Holzarbeiter-Zeitung".

Bud. Ruc.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 30. Wochenbeitrag für die Zeit vom 18. bis 24. Juli fällig ist.

Der Gegenseitigkeitsvertrag mit den Bruderverbänden in Österreich und der Schweiz erfährt ab 1. September eine kleine Änderung. Der § 2 erhält einen Zusatz, wonach der Übergang erst dann als vollzogen gilt, wenn mindestens eine Wochenmarke des neuen Verbandes gelebt ist. Dieser Zusatz ist notwendig mit Rücksicht darauf, daß in Österreich Stafelbeiträge bestehen, beim Auszahlen von Unterstützungen der Kassierer also zuerst wissen muß, welcher Klasse der Kollege beitrifft. Der Vertrag hat nunmehr folgenden Wortlaut:

#### Vertrag.

Zwischen dem Central-Verband christl. Holzarbeiter Deutschlands, dem christlichen Holzarbeiterverband der Schweiz und dem Verband christlicher Holzarbeiter Österreichs, wurde heute folgende Vereinbarung getroffen:

§ 1. Die Mitglieder der oben genannten Verbände werden bei Verlegung des Wohnsitzes in das Gebiet eines andern Verbandes von diesem ohne Eintrittsgeld aufgenommen. Bedingung dabei ist, daß die betreffenden Mitglieder bis zum Tage der Abmeldung in ihrer früheren Organisation den Verbandspflichten nachgekommen sind und daß die Frist vom Tage der Abmeldung bis zum Tage der Neuanmeldung sechs Wochen nicht übersteigt.

§ 2. Die nach § 1 übergetretenen Mitglieder haben nach Mabgabe der früheren Mitgliedschaftsdauer und der geleisteten Beiträge Anspruch auf alle Unterstützungen des Verbandes, in welchem der Übergang erfolgt.

Der Übergang gilt erst als vollzogen, wenn das betreffende Mitglied mindestens einen Wochenbeitrag bei dem neuen Verband entrichtet hat; vorher steht dem Übergetretenen nur die Reiseunterstützung zu.

§ 3. Reiseunterstützung wird erst von dem Verbandsort an berechnet, in welchem der Übergang durch die Eintragung ins Mitgliedsbuch vollzogen wurde.

§ 4. Die Verbände verpflichten sich, wenn dies von einer Organisation gewünscht wird, ihre Mitglieder von dem Zugang nach den Orten zu warnen, in denen Differenzen ausgebrochen sind.

§ 5. Übergetretene Mitglieder behalten ihre früheren Mitgliedsbücher zum Quittieren der Unterstützungen und Beiträge im Gebrauch. Doch sind den Übergetretenen die Statuten des betreffenden Verbandes eingeschlägen.

§ 6. Der Vertrag gilt vorläufig für ein Jahr.

Mit Ausnahme der Reiseunterstützung kann also in Zukunft ein übergetretener Kollege aus einem der drei vertragsschließenden Verbänden nur dann irgend eine Unterstützung beziehen, wenn er mindestens nach dem Übergang eine Beitragsmarke entrichtet hat.

Die Lokalverwaltungen werden daran erinnert, daß die Arbeitslosenunterstützung jede Woche ausgezahlt werden muß. Eine spätere Auszahlung oder für mehr wie eine Woche ist nicht gestattet. Auch darf die Unterstützung nur an das arbeitslose Mitglied selbst ausgezahlt werden. Die Reisedaten sind jede Woche einzufüllen; es ist darauf zu achten, daß dieselben genau ausgefüllt sind. Auch Stempel- und Namensunterschrift darf nicht vergessen werden.

#### Lohnbewegung.

Kollegen! Seit Ihr gewillt in eine andere Arbeitsstelle einzutreten, so erkundigt Euch zuvor über die hier bestehenden Verhältnisse, bei der zuständigen Ortsverwaltung. Die Liste der im Organ veröffentlichten gespererten Orte und Firmen bietet keinerlei Gewähr dafür, daß bei ungenannten Firmen keinerlei Missstände oder Differenzen bestehen.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsschluss einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

#### Der Zugang ist fernzuhalten

von

Schreinern und Maschinearbeitern: Greven, Magdeburg, Dülmen, Herford (Krull & Knigge, Herforder Möbelindustrie), Bad Oeynhausen (Droste und Ottensteiner), Wörishofen, Nürnberg, Trier (W. Joh. Martin), Billingen, Günzburg (Fieg), Donaueschingen, Steinheim i. Westf., Meran (Tirol), Memmingen.

Tapizerer: München.

Stellmacher: Hamburg, Barmen, Elberfeld.

Zimmerer: Greven.

**Lohnbewegung in Kastatt.** Unserer Kastatter Zahlstelle ist es in Gemeinschaft mit dem "freien Verband" gelungen, für die Schreiner der Süddeutschen Möbelindustrie (Inhaber Gebrüder Treszger) bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Bei den schlechten Organisationsverhältnissen war nicht auf besonders große Erfolge zu rechnen. Doch was erreicht werden konnte, ist auch erzielt worden, nämlich ein Aufschlag bis zu 60 Pf. auf eine Anzahl Akorde, mehrere schlechte Akorde werden nicht mehr angefordert, weil nicht genügend daran verdient wird und den Unorganisierten wurde der Beweis gebracht, daß eine gut organisierte Arbeiterschaft, selbst bei einer niedrigliegenden Konjunktur, etwas erreichen kann.

**Erfolg in Pribus (Schles.).** Auf dem Wege der Verhandlung errangen am 14. Juli hier unsere Kollegen eine bedeutende Verbesserung des Arbeitsverhältnisses. Vertraglich werden den Kollegen am 1. Sept. eine Lohnverhöhung von 5% und am 1. Januar 1910 eine gleich hohe gewährt. Für Überstunden wird ein Aufschlag von 10—25 Pf. gegeben. Desgleichen erfolgt bis zur Anstellung eines Kauf-

buchens ein diesbezügl. Lohnaufschlag von 2%. Für weitere künftige Verbesserungen wird die Organisation Sorge tragen.

**Tarifabschluß in Memmingen.** Nach wiederholten Verhandlungen innerhalb eines 6 wöchentlichen Streiks kam hier ein Tarifvertrag zustande, der eine 56 stündige wöchentliche Arbeitszeit, eine Lohnverhöhung von 20 Pf. im Tag, Mindeststundenlohn von 36 Pf. vorsieht. Außer diesem wurden die Zusätze bei Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit zugunsten der Kollegen festgelegt. Der Vertrag hat Gültigkeit bis April 1911.

#### Berichte aus den Zahlstellen.

**Breslau.** Aus Anlaß des VII. Kongresses der christlichen Gewerkschaften in Köln findet am 29. Juli abends 8½ Uhr im Verkehrslokal der christlichen Gewerkschaften, Mauritiusplatz 4 (großer Saal) eine Versammlung aller Mitglieder der hiesigen Ortsgruppen statt, wozu jedes Mitglied dringend ersucht wird, die Angehörigen, besonders die Frauen mitzubringen. Tagesordnung: "Berichterstattung über den Kongress in Köln". Referent: Kollege Pfeffer. Gleichzeitig sei auf das am Sonntag, den 1. August nachmittags 4 Uhr, bei Lampert, Weidendamm 34—38 stattfindende Kartellfest hingewiesen.

**Ravensburg.** Am 26. Juni hielt die hiesige Zahlstelle eine öffentliche Holzarbeiterversammlung ab, in der Kollege Schmitz-Freiburg über die "Bedeutung der Tarifverträge für die Arbeiter" referierte. Redner gab einleitend ein Bild von der Lage des Arbeitsmarktes. Verschiedene Anzeichen ließen eine Wendung zur Besserung erkennen, darum sei es auch begreiflich, wenn die Arbeiter vielerorts sich bemühen, ihre Verhältnisse jetzt zu verbessern. Die Entwicklung des Tarifwesens zeigt uns, wie auch unser Verband dadurch bestrebt ist, den Kollegen bessere Verhältnisse auch für Zeiten niedergehender Konjunktur zu schaffen. Beweis dafür sei auch der jüngst hier mit der freien Junting der Sattler- und Tapizermeister und unserem Verband abgeschlossene Tarifvertrag, der die generelle Einführung der 10stündigen Arbeitszeit (½—1 Stunde weniger als vorher) und noch einen Mehrverdienst von 40—50 Pf., bei einem Kollegen sogar 150 Pf., bringt; dann noch die Zuflugszahlung bei Überarbeit von 20%, bei Sonntagsarbeit von 30%, und bei auswärtigen Arbeiten von 25% vorschreibt. Damit ist eine Grundlage geschaffen, auf der bei treuem Zusammenhalten der Kollegen weiter gebaut werden kann. In der Diskussion wurden einige Streitfragen auf die hiesigen Arbeitsverhältnisse geworfen, welche die Notwendigkeit der Organisation zur Genüge beweisen. Der Kollegen Pfleider ist es aber, tatkräftig mitzuwirken, fleißig die Versammlungen zu besuchen, das Organ gründlich zu studieren, um sich so über die Vorgänge im Wirtschaftsbereich richtig zu informieren und sich zu einem rechten Gewerkschafter heranzubilden, der dem Gegner jederzeit gewappnet ist und nicht müllös und verzagt oder gar scheinflüchtig wird, wenn einmal "raue Winde" wehen, kämpfe mit dem Gegner geführt werden müssen, aber wenn die Erfolge der Gewerkschaftsarbeit sich in einem Berufe nicht sobald erreichen lassen. Rücksicht Ausdauer und beharrliche, tatkräftige Mitarbeit aller Kollegen in und für die Organisation wird zum gewünschten Ziele führen. Darum auf Kollegen, handeln wir darnach, dann muß und wird es uns gelingen, hier vorwärts zu kommen. Auf zu fröhlicher Tat!

**Bassen.** Unsere Zahlstelle hielt am Sonntag, den 4. Juli, eine Versammlung ab, in welcher Kollege Hörmann-Pfeifer, Kirchen über den am 12. Juni hier selbst abgeschlossenen Tarifvertrag ein ausführliches Referat erstattete. Redner kam insbesondere auf die Vorlese der Arbeitszeitverkürzung und den erhöhten Lohnzuschlag bei dem nun errungenen Vertrag zu sprechen. Er gab uns auch den Rat, unsere Lokalkasse zu stärken durch eine Erhöhung des Lokalbeitrages, um bei etwa später vorkommenden Lohnkämpfen oder sonstiger Unterstützungsbedürftigkeit der Mitglieder leistungsfähiger sein zu können. Die Versammlung, die eine gut besuchte war, sollte dem Referenten allgemeinen Beifall. Die Erledigung des geschäftlichen Teiles bildete den Schluß der Versammlung.

**Krefeld.** Nach einer langwierigen Krankheit wurde unser Kollege Jos. v. Dol, uns durch den Tod entrissen. Der Kollege war ein Mitbegründer unserer Zahlstelle und hat die Schwierigkeiten, womit unsere Zahlstelle zu kämpfen hatte, mit durchgemacht. Wir haben in ihm einen Kollegen verloren, der der Zahlstelle stets in Erinnerung bleibt.

**Bruchsal.** Wenn das zehnjährige Bestehen unseres Verbandes gefeiert wird, so dürfen auch wir in Bruchsal Anteil nehmen an dem, was der Zentralverband christlicher Holzarbeiter seit seinem Bestehen geleistet hat für die ihm angehörigen Kollegen. Können wir in Bruchsal auch nicht von großen Taten sprechen, so haben wir doch Anspruch darauf, als Zahlstelle im Durchgangsverkehr für die Kollegen etwas geleistet zu haben. Dass wir von den 200 Holzarbeitern am Ende sehr wenige im Verband haben, das macht die übertriebene Vereinsmeierei aus. Wer die hiesigen Verhältnisse genau kennt, wird sich sagen müssen: Wer in Bruchsal Vertrauensmann ist, hat keine kleine Aufgabe, den Verband vorwärts zu bringen! Nicht etwa wegen unserer sozialdemokratischen Gegner. Diese haben mit den gleichen Verhältnissen zu kämpfen wie wir, speziell in unserem Berufe. Die Kollegen sehen es vielleicht nicht ein, daß sie selbst den Verband bilden, dem sie angehören sind. Es ist mit Beginn dieses Sommers wieder etwas besser geworden hinsichtlich der Mitgliederzahl. Die Arbeiter werden auch in Bruchsal einmal zur Einsicht kommen, daß nur der Verband es ist, der sie emporhebt. Das zeigen auch die beiden letzten Versammlungen, die letzte fand am Montag den 5. Juli im Gasthaus zu den Dreikönigen, unter Beisein unseres Bezirkshauptmanns Kollege Schmitz-Freiburg statt. Derselbe hielt uns einen sehr interessanten Vortrag. Er behandelte die Kulturmission der Gewerkschaftsorganisationen. — Einige Kollegen wurden mit zur Verwaltung der Zahlstelle herangezogen, damit wir auch als vollgültige Zahlstelle im Bezug gelten können. Als Vorsitzender wurde Kollege Stachelin, als Schriftführer Kollege Stadtmüller, als Kassierer Kollege Scheibor und als Beisitzer die Kollegen Fritz und Stachelin sen. gewählt. Die Kollegen nahmen alle dankend die Wahl an, um dahin zu wirken, daß neues Leben in die Zahlstelle kommt. Die Versammlungen finden fortan am 1. und 3. Montag jeden Monats gleich nach Feierabend statt. Und ihr Kollegen von der Firma für Holzhandel und Holzbearbeitung, sowie ihr Kollegen der Möbelfabrik Lampert, erkennen die Zeichen der Zeit, schließen die Reihen der Organisation! Es ist zum Nutzen für euren Stand und für das Fortkommen eurer Familienangehörigen. Nur der verdient sich wirklich Freiheit und das Leben, der täglich sie erobert auf. Handeln wir danach, legen wir die Worte die hier geschrieben, in die Tat um, so werden wir auch, wie die Kollegen an anderen Orten zu ähnlichen Verhältnissen kommen.

### Bürsten- und Pinselmacher.

**Heidelberg.** Durchaus nicht nobel an der Arbeitersache hat sich vergangene Woche der Bürstenholzwach Albert Durst aus Schönaus i. W. benommen. In der Färbürstenfabrik Gallaus-Maler sollten bei den Juristen Verbesserungen durchgeführt werden. Um dieselben abzuwehren, wurde von den organisierten Kollegen eine Werkstattversammlung einberufen, wobei Durst, der, nebenbei bemerkt, Mitglied des "freien" Verbandes ist, ein großes Wort führte und selbst die Kollegen vorwichtig zu der Kommission, welche bei der Firma vorstellig werden sollte. Auch er selbst hatte sich auf Vorschlag eines andern Kollegen bereit erklärt, mit der Kommission zu gehen. Doch was ist er? Als andern Tags die Kollegen zur Arbeit gingen, stand Durst im Fabrikhofe und rief den Kollegen mit lauter Stimme zu, sodass es umherzogene Ohren hören mussten, dass er nicht mitgehe, er könne es sonst mit der Firma verderben; die Sache ginge ihn nichts an. Auf dieses hin wurden nur verschiedene Kollegen abgeholt und war an ein geschlossenes Vorgehen nicht mehr zu denken. Die Firma machte sich natürlich die Sache zu nutzen und die Kommission, bei der sich auch unser Vorsitzender befand, wurde abschlägig abgewiesen. Den Juristen war nur die Wahl entweder unter den Verbesserungen weiterzuarbeiten, oder die Arbeit niederzulegen. Letzteres geschah dann. Unser Vorsitzender und den andern Kollegen, welche noch bei der Kommission waren, wurde nun von dem Arbeitgeber erklärt, wenn sie noch einmal vorstellig würden, könnten sie gehen. Daraufhin zog es unser Vorsitzender vor, freiwillig zu gehen. Die Bürstenmacher werden darauf hingewiesen, diese Firma bis auf Weiteres zu meiden, bis dieselbe einen andern Standpunkt eingenommen hat und dem Arbeiter das Koalitionsrecht zuerkennt. Bereitende Kollegen werden gebeten, sich bei der Ortsverwaltung zu erkundigen.

### Sterbeschaf.

**Josef van Del,** Schreiner, gestorben zu Crefeld.  
Ruhe in Frieden!

### Gewerkschaftliches.

Hinter verschlossenen Türen! Nicht nur die Räthoväter der katholischen Fachabteilungen Berliner Observanz belieben in geheimen Konventen über die Propagierung ihrer Ideen zu Rate zu rufen. Es gibt auch sonst noch Leute, die hinter verschlossenen Türen „Berliner“ treiben. Am Osterdienstag hatten sich in Köln zehn Herren zusammengefunden, die in streng vertraulicher Weise eine Aussprache pflogen, wie der übertriebenen Interkonfessionalisierung der politischen und sozialpolitischen Einrichtungen im katholischen Deutschland (Centrum, Volksverein, Gewerkschaften) vorzubringen sei.

Die Einwendungen bezüglich der Zentrumspartei und des Volksvereins gehen ein Gewerkschaftsblatt nichts an. Wohl das, was bezüglich der Gewerkschaften gesagt wird. Und da liegen wir auf dem Standpunkt, dass die Beteiligten nicht die barmherigen Männer zur Beleidigung der Freude sind, sondern ein Weibchen, das unter ihnen nicht behandelt. Leider hat die Tagessprecher die Namen dieser Herren, die das Beibarsen fühlen, in die christliche Gewerkschaftsbewegung eingetreten zu wollen, verbreiteten. Eine solche Stellungnahme ist u. E. aber durchaus unangebracht. Wer den Willen hat, der christlichen Arbeiter und Gewerkschaftsbewegung ehrlich zu dienen, wird sich freimäßig an die zuständige Stelle wenden, anstatt hinter verschlossenen Türen mit recht zweifelhaften Freunden unserer Bewegung zu beschlagen. Soweit wir unterrichtet sind, haben an jener Konferenz die Träger folgender Namen teilgenommen:

Reichstagabgeordneter Geheimrat Roeten-Cöln; Reichstagabgeordneter Dr. Bitter-Kiel; Landtagsabgeordneter Underberg-Alkmaar-Rheinberg; Dr. Kaufmann-Cöln, Herausgeber des „Apologischen Rundschau“; P. Frick S. J., Redakteur der „Stimmen aus Maria Lanz“; Domizärt Hülz-Münster; Kaplan Schopen-Mülheim (Rhein); Redakteur Dr. Gräfe Meyer-Saarbrücken; Redakteur Sommerich-Hagen; Gymnasialprofessor Dr. Müller-Cöln.

Wir stellen die Namen der beteiligten Herren öffentlich fest, damit legtens unterrichtet sind, warum man ihnen in Arbeitervierteln und sozialdemokratisch auch darüber hinaus, mit einem jedermann nicht entzückenden Missbrauch begegnen soll. Nicht vorgehen zu erwählen wollen wir, dass die Seele jener Konferenz wohl Herr Kaplan Schopen war. Er soll nach den Kräften, die vor längerer Zeit in verschiedenen katholischen Tagesschriften über die „Gewerkschaftsbewegungsbehörden“ erhaben, nicht fern stehen.

Die Spiegelglasarbeiter in der Oberpfalz sehen jetzt genaueres Ziel im Auge. Bei dieser Konferenz tritt die eigenständige Erfahrung ein, dass man die jüngste Strophe fast ausschließlich auf Seiten der Sozialdemokraten findet, indem sie, den katholischen Arbeitern zugängen in den Städten fallend die Unternehmer zu beharrlichem Widerstand gegenüber den

Forderungen der Christl. organisierten Glasmacher aufzustacheln bestrebt sind. Nebenbei steht also ein Kampf der Prinzipien, Organisation gegen Organisation, wobei die sozialdemokratische Presse, namentlich vor den Einigungsverhandlungen, nicht genug hervorheben konnte, dass die christliche Organisation überhaupt unfähig sei, den Streik richtig durchzuführen. Derlei Artikel hatten offenbar nur den Zweck, die Einigungsverhandlungen scheitern zu machen und lassen erkennen, wie gross das Interesse der Sozialdemokratie sein muss, an einem für die Spiegelglasmacher ungünstigen Ausgang des Streiks. Die „Genossen“ erhoffen in solchem Falle eine neueleiche Verstärkung ihrer arg gesichteten Reihen, wenn die christlich organisierten Spiegelglasmacher durch eine ihnen gewordene Enttäuschung und Erbitterung den sozialistischen Ideen zugänglich sein werden.

Diese Mitteilung entnehmen wir keiner Arbeiterzeitung, auch keiner Tagespresse, sondern der Nr. 20 des „Diamant“ Organ des Vereins „Deutscher Tafelglashütten in Kassel“ und des Vereins „Deutscher Spiegelglassfabrikanten Köln.“ Hoffentlich ziehen die Spiegelglassfabrikanten und Spiegelglasmacher die richtige Lehre daraus. klar und deutlich geht aus dem Verhalten der Genossen hervor, dass ihnen kein Mittel zu schließen ist, um die Arbeiter der sozialdemokratischen Partei in die Arme zu treiben. Offensichtlicher dürfte der Arbeiterverrat noch nicht betrieben worden sein, wie gerade in diesem Falle und beim Solnhofener Steinarbeiterstreik.

**Selbe Geldquellen.** Wer die „gelben“ Führer bezahlt und wie sie bezahlt werden, das beweist ein Schriftstück, welches der Breslauer „Volkswacht“ zuging. Zur besseren Würdigung schickt wir eines voraus. Als vor einiger Zeit die sozialdemokratische „Bergarbeiter-Zeitung“ dem Führer des „reichstreuen“ Bergarbeiterverbandes, einer gelben Organisation, Gustav Ermert, nachfragte, er erhalte 5000 M. Gehalt, sandte er dem Blatt folgende Verjährigung ein:

„Es ist unwahr, dass ich als Sekretär des reichstreuen Bergarbeiterverbandes 5000 M. Gehalt beziehe, sondern laut Anstellungssatzung beträgt mein Gehalt 3000 Mark.“

Das Breslauer Organ veröffentlicht nun folgendes Dokument, das sich mit der Anstellung Ermerts beschäftigt und vom Generaldirektor der Fürstlich Pleßschen Gruben verrichtet:

1. Mit einem Herrn vom Reichsverbande und Ermert ist gestern Herabsetzung der Gehaltsansprüche vereinbart worden. Ermert will auch für 5000 Mark die Stelle übernehmen, beansprucht dann aber längere Anstellung (auf 3 oder 5 Jahre). Erst der Umgangskosten für die Rückreise, falls eine frühere Löschung des Gehältnisses eintraten, sollte.

Da aus 5000 M. nach unten hin noch recht hoch erscheinen, so ist mit Ermert vereinbart worden, dass er beim Verbande nur 3000 M. fortfahrt, für die weiteren 2000 M. aber anderweit eine seitens des bergbaulichen Vereins Sicherung bekommt. Im übrigen macht Ermert einen sorgsamen Eindruck und erscheint für die Stelle unabdinglich geeignet.

2. Die Mitglieder des Bergarbeiterverbandes über ihn werden dem bergbaulichen Verein, dem Landrat (unmöglich), dem Arbeiterschaftsrat mitgeteilt sein.

3. Es kommt in Berlin demnächst ein neuer Redierkursus, zu dem ein junger Seiner Durchlaucht des Prinzen Leute von uns geholt werden sollen.

4. Zum Roting bei Seiner Durchlaucht. Reinborff.

Dem war ein Protokoll der Vorlandesitzung des Vereins der niedersächsischen Grubenbesitzer vom 9. Mai 1907 beigelegt, das nachstehende bedeutende Mitteilung enthält:

„In Point 4 der Tagessitzung kam das Gefühl des Arbeiterschaftsrates Schwer am Gewöhnung eines Bezirkssatzes zu den Kosten zweier Reisen in Angelegenheiten der Gründung eines Verbandes zusätzlicher Arbeitnehmer zur Belebung.

Zur wiederholende gleiche Zölle wurde es als zweitmäig anerkannt, die Bezirkssatzvergütung für Herrn Ermert ein für allemal fest zu bestimmen. Demgemäß wurden an Tagegeldern 10 M. und an Reisetickets das Fahrgeld der breiten Eisenbahnzuggattung bewilligt. In den vorliegenden Fall angewendet, fand diese Kosten für eine Reise nach Frankfurt a. M. für vier Tage und für eine Reise nach Berlin für drei Tage zu berechnen. Die von Herrn Ermert gleichzeitig erbetenen Mittel zur Mitreise nach Berlin für vier bis fünf Delegierte der reichstreuen Bergarbeitervereine im niedersächsischen Reviere wurden in derselben Höhe und denselben Beiträge für jeden Teilnehmer (bis höchstens fünf) benötigt.

Service für die bergbaulichen Unterbezirke Niederschlesiens.

Zusätzlich:

Dr. Sonnenberg, Schule. Moeller, Heimst. Tiller.

Köpfer, Döller, Krebs, Hammer.

Diese Dokumente sprechen für sich selbst. Nur fragt man sich, wie kleinen ehemalige Arbeiter so herunterkommen, dass sie für schändes Geld die Interessen ihrer Standesgenossen verlieren.

Die „Berliner“ als Arbeiterverteidiger. Die „Berliner“ Facharbeiter sind z. St. daran, sich in ihrer Hauptdomäne Überleben um alles Kredit zu bringen. Die Lohnbewegung

der Bauhandwerker hatte hier zu einer Absperzung geführt. Da die Berliner einen derartigen „Machtkampf“ mit wenigen Mitgliedern nicht mitmachen wollten, setzte sich Dr. Fleischer (so erzählt man sich nämlich) seinen Bündnispartner auf, zog seinen Gehrock an und dampfte von Berlin nach Oberschlesien, um hier das große Werk eines Tarifabschlusses zu vollbringen. Letzteres ist gelungen und dazu verhältnismäßig leicht. Herr Dr. Fleischer hat die Arbeitgeber durch die Macht seiner Persönlichkeit bald soweit gehabt, dass einem Tarifvertrag ihre Zustimmung gaben, der anstatt einem 40 Pf. Minimallohn ein ebenso hoher Maximallohn vorsieht. Vom Minimallohn zum Maximallohn kommen, war selbst den Oberschlesischen Bauarbeiter zu verhindern. Sie traten zum größten Teil dem christlichen Bauhandwerk verbande bei und errangen durch ihre Einigkeit einen vollen Erfolg. Sie nahmen 3 Pf. Stundenlohn erhöhung, ließ wie den Fleischerschen Maximallohn. Wir können's ihm nicht verdenken.

### Soziale Rundschau.

Die gemeinnützigen Vermögensanlagen der Landesversicherungsanstalten. Mit dem Anwachsen des Vermögensbestandes in den Landesversicherungsanstalten sind in den letzten Jahren von den Trägern der Invalidenversicherung auch höhere Summen für gemeinnützige Unternehmen hergeschrieben worden. Es wurden von den Landesversicherungsanstalten zu gemeinnützigen Zwecken verliehen im Jahr 1904 64,5 Millionen Mark, im Jahre 1907 86,2 Millionen und im Jahre 1908 104,2 Millionen Mark, insgesamt waren gemeinnützigen Zwecken verliehen worden bis zum Jahr 1903 365,9 Millionen, bis zum Jahr 1905 473,7 Millionen und bis zum Jahr 1908 729 Millionen Mark. Wenn Summen abgerechnet werden, die schon wieder zurückgezahlt waren, so blieben noch verliehen bis zum Jahr 1903 338 Millionen, bis zum Jahr 1905 424,8 Millionen und bis zum Jahr 1908 643,8 Millionen. Diese noch ausgeliehenen Summen waren 31 Prozent des Vermögens der Landesversicherungsanstalten im Jahre 1903, 34,3 Prozent im Jahre 1905 und 39,6 Prozent im Jahre 1907. Über den Vermögensbestand der Versicherungsanstalten aus dem Jahre 1908 könnte nicht ein Gesamtüberblick gegeben werden, doch ist sicher, dass Vorjahre mehr als 40 Prozent des Gesamtvermögens in gemeinnützigen Unternehmungen angelegt war. Die Beleihungen fallen in vier Gruppen. Zur Gruppe I gehören Beleihungen der Arbeiterwohnungen, Bediengemeinden, Herbergen für wandernde Gesellen usw. Dafür sind bisher aufgewendet worden 233 Millionen Mark; am meisten sind daran beteiligt die Rheinprovinz mit 44,8, Hannover mit 28,6, Westfalen mit 22 Millionen Mark. Der Bau von Unterkunftsräumen für ledige Arbeiter wurde bisher gefördert von den Versicherungsanstalten in der Rheinprovinz, in Westfalen und Württemberg. Die Befriedigung landwirtschaftlichen Kreditbedürfnisses, einzelnen die Hergabe von Darlehen für Kleindörfer, Land und Wegeverbesserungen, Hebung der Viehzucht usw. ist der Gruppe II eingeordnet; für diese Zwecke wurden bis Ende vergangenen Jahres 95,8 Millionen Mark hergegeben. Dabei waren hauptsächlich beteiligt die Versicherungsanstalt in Schleswig-Holstein, Brandenburg, Hessen-Nassau, Pommern und Sachsen-Anhalt. Zur Gruppe III gehören die Unterstützung bei der Errichtung von Kranken- und Genehmigungsheimen, Heilstätten, Volksschulen, Blindenheimen, Kleinkindbewahranstalten usw. Bis Ende vergangenen Jahres hatten solche Anstalten von den Trägern der Invalidenversicherung 340 Millionen Mark gelehen erhalten, auf städtische Gemeinden kamen 218,2 Millionen, auf ländliche Gemeinden 121 Millionen. Weiter hatten die Versicherungsanstalten bis zu Vorjahre noch 53,7 Millionen Mark für gemeinnützige Unternehmungen ausgegeben, die von den Versicherungsanstalten selbst errichtet worden sind.

### Aus dem gewerblichen Leben

Korbwaren-Industrie, vorm. Amedée Fourdeau, A. in Lichtenfels. Im Geschäftsjahr 1908 erzielte diese Gesellschaft einen Warendienst von 172 508 M. einen Netto-gewinn nach den üblichen Abzugsungen von 25 084 M. Auf das 500 000 M. betragende Aktien-Kapital werden 4 Dividende gegen 7% im Vorjahr gezahlt. Man plant die Erhöhung des Aktien-Kapitals um 400 000 M. zwangsweise einigung mit der Firma Bergmann & Co. in Hirschaid v. Lichtenfels.

### Heidelbeeren-Angebot.

Die neuen neuen Kollegen und Kolleginnen auf neuen Heidelbeeren-Bericht unterrichten. Die Berichte werden (ausserdem Buchdruck) zu den folgenden Zeitschriften geschickt und sind befreit.

**Nikolaus Haag, Lauterbach,**  
Edenwald (Württemberg)  
zu kaufen. Die Buchveröffentlichungen werden sofort, Bezeichnungen möglichst genau aufgeführt  
zu kaufen. **Edmund Scherzer**, Lauterbach.

**Mitteldeutsche Bücherei-Fachschule**  
Lübeck in Anzahl.  
Gefüllte Schreibfachbücher sowie die Bücherei-  
Schriften (Bücherei-Bücher) und Schreibpapiere  
sind hier zu kaufen.

### 3. Folger's

**Fachbuch für Obst- u. Garten-Züchtung**  
zu Schmid, Göttingen, alte Grabenstraße.

Obst- und Gemüsebau  
mit Saat- und Abend-Material.

Im zwei Monaten: Herstellung zum Verkauf  
und Bereitstellung für die Meisterprüfung.  
Im sechs Monaten: Herstellung zum Verkauf  
und Bereitstellung.

Preis je 25 Mark pro Monat.  
Postporto 24 Pfennig pro Monat.

Postamt kann jederzeit eröffnen. 2000 Mark  
sind bei Direktion: **33. Stolzenberg**.

Werke kann erwerben.

### Wohnungskunst-

### -HOZARCHITEKTUR

REINHOLD STÜRTZ

REINHOLD STÜRTZ